
Posttraumatische Souveränität

Ein Essay

Von Jarosław Kuisz
und Karolina Wigura

edition suhrkamp

SV

edition suhrkamp 2783

Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine ist die alte mitteleuropäische Angst zurück: Opfer der Großmächte zu werden. Anders als in Deutschland, von dessen Boden zwei Weltkriege ausgegangen sind, gab es in Warschau, Tallinn und anderswo kein Zögern. Nur wer selbst angegriffen und, wie Polen, sogar einmal ganz von der Landkarte getilgt wurde, versteht, dass militärische Selbstverteidigung gerechtfertigt ist. In ihrem luziden Essay beschreiben Karolina Wigura und Jarosław Kuisz, wie der heutige Krieg historische Traumata reaktiviert; warum Warschau eine Führungsrolle in der europäischen Verteidigungspolitik übernimmt, obwohl die Regierungspartei PiS die EU als Bedrohung der eigenen Souveränität beschwört.

Karolina Wigura, geboren 1980, Soziologin und Ideenhistorikerin. *Jarosław Kuisz*, geboren 1976, Rechtshistoriker und Politologe. Sie leben in Berlin und Warschau.

Beide sind Assistenzprofessoren an der Universität Warschau und Senior Fellows am Zentrum Liberale Moderne. Sie leiten die polnische Online-Wochenzeitschrift *Kultura Liberalna*.

Jarosław Kuisz
Karolina Wigura

Posttraumatische Souveränität

Ein Essay über Ostmitteleuropa

Aus dem Englischen von Stephan Gebauer

Suhrkamp

Das Buch wurde aus dem Manuskript übersetzt.
Kapitel 1 und 2 wurden von Jarosław Kuisz, Kapitel 3 und 4 von
Karolina Wigura verfasst.

Erste Auflage 2023
edition suhrkamp 2783
Deutsche Erstausgabe
© der deutschsprachigen Ausgabe Suhrkamp Verlag AG, Berlin, 2023
Alle Rechte vorbehalten.

Wir behalten uns auch die Nutzung des Werks für Text
und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG vor.
Umschlag gestaltet nach dem Konzept von Willy Fleckhaus
und Rolf Staudt

Satz: Satz-Offizin Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn
Druck: C.H. Beck, Nördlingen
ISBN 978-3-518-12783-4

www.suhrkamp.de

Inhalt

Einleitung	9
Licht und Inspiration	11
Kapitel 1 Im Tiefkühlfach der Geschichte	27
Kapitel 2 Die posttraumatische Souveränität in Aktion	55
Kapitel 3 Der Weg aus dem Leid (und zurück?) .	95
Kapitel 4 Moralische Akteure, traumatisierte Ungeheuer	120
Epilog Das Rashōmon-Moment	148
Danksagung	163
Anmerkungen	166

*Mag die Geschichte – kurzfristig – von Siegern
gemacht werden, die historischen Erkenntnisgewinne
stammen – langfristig – von den Besiegten.*

Reinhart Koselleck¹

Einleitung

An einem sonnigen Frühlingstag im Jahr 2022 fand im Zentrum der taiwanesischen Hauptstadt Taipeh eine ungewöhnliche Kundgebung statt. Um gegen den Krieg in der Ukraine zu protestieren, stellten die Demonstranten Opfer der russischen Aggression dar: Sie waren an Armen und Beinen gefesselt, ihre Haut war schmutzig, einige hatten sich Wunden aufgemalt. Die Kundgebungsteilnehmer hielten Schilder mit Parolen wie »Kein Krieg!« und »Stoppt Russland!« in die Höhe und schwenkten Fahnen eines 8000 Kilometer entfernten osteuropäischen Landes. Sie legten sich auf den Boden, um ihrem Protest eine dramatische Note zu verleihen. Aus Lautsprechern schallten Schüsse und Explosionen.²

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine wirkt sich nicht direkt auf das Schicksal des fernen Taiwan aus. Doch seit Februar 2022 wird immer wieder die Frage gestellt, ob eine neoimperialistische Aggression auch in anderen Weltregionen möglich ist. Auf europäischem Boden wird wieder ein großer Krieg geführt. Wir wissen jetzt: Was als unmöglich galt, ist durchaus möglich. Die Ereignisse in Ostmitteleuropa zwingen uns alle, danach zu fragen, wie die Welt in nicht allzu ferner Zukunft aussehen wird. So betrachtet, erscheint das Interesse der Einwohner Taiwans am Schicksal der Ukraine nicht nur naheliegend, sondern unerlässlich, um

die Vorgänge in der heutigen Welt zu verstehen.³ Si vis pacem para bellum (Wenn du Frieden willst, rüste dich für den Krieg): Dass der Sinnspruch aus dem alten Rom weiterhin Gültigkeit hat, zeigt sich am gewaltigen Anstieg der Rüstungsausgaben in aller Welt.

Infolge des Kriegeausbruchs wurden obendrein die Getreidelieferungen aus der Ukraine unterbrochen, weshalb sich viele Länder in Afrika und dem Nahen Osten unerwartet mit der Gefahr einer Nahrungskrise konfrontiert sahen. Die Erdgas- und Treibstoffpreise stiegen rasant. Der Lebensstandard in den westlichen Ländern und anderen Weltregionen wurde plötzlich fragiler, als die meisten Menschen für möglich gehalten hatten. Und langsam wurde klar, dass der Krieg in Ostmitteleuropa noch weitere Konsequenzen haben würde. Der Weltöffentlichkeit wurde in Erinnerung gerufen, dass die russische Aggression gegen die Ukraine bereits im Jahr 2014 begonnen hatte. Ein Vierteljahrhundert des relativen Friedens in einer Region, die aufgrund ihrer Vergangenheit auch als »Bloodlands« bezeichnet wurde, war endgültig vorüber.⁴ Im Frühjahr 2022 wurden die seismischen Wellen dieses Erdbebens sogar in Taiwan registriert.

Licht und Inspiration

Viele hatten geglaubt, das inspirierende Gefühl des Aufbruchs, das von den neuen Gesellschaften in Mittel- und Osteuropa ausgegangen war, gehöre der Vergangenheit an. Manche beklagten sich sogar darüber, das Leben in der Region sei »langweilig« geworden.⁵ Im Jahr 1989 war dort die Hoffnung erwacht. Ostmitteleuropa wurde zugetraut, das Konzept des Liberalismus mit neuer Energie zu erfüllen und der Europäischen Union einen Schub zu geben. Die Länder der Region brachten eins nach dem anderen ihre kommunistischen Regimes zu Fall und errichteten Demokratien nach westlichem Vorbild. Ungarn und vor allem Polen galten als Paradebeispiele für einen gelungenen Systemwechsel.

Doch irgendwann Mitte der 2010er Jahre häuften sich die Hinweise auf eine Trendumkehr in Ostmitteleuropa. Die Errichtung westlicher Institutionen, die Stärkung der liberalen Demokratie und der Aufbau der Zivilgesellschaft – all diese Prozesse verloren an Dynamik, und bald tauchten in Ungarn, der Tschechischen Republik und Bulgarien der Reihe nach europaskeptische und populistische Politiker auf. Besonders schmerzhaft war der Rückschlag in Polen, das lange Zeit der Musterschüler Europas und des Westens gewesen war: Nachdem die nationalistische und populistische Partei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) im Jahr

2015 an die Macht gekommen war, schien Mittel- und Osteuropa für den Westen nicht mehr interessant zu sein, sieht man von einigen Populisten wie Marine Le Pen ab, die nach Budapest reiste, um mehr über illiberale Politik zu lernen. Das Licht der Region ist erloschen, und sie hat die Fähigkeit zur liberalen Inspiration eingebüßt, wie die Politikwissenschaftler Ivan Krastev und Stephen Holmes in einem vieldiskutierten Buch schrieben.⁶ Dann kam der Februar 2022.

Als die Welt am Morgen des 24. Februar erfuhr, dass Russland eine Invasion der Ukraine begonnen hatte, reagierte sie geschockt. Viele Vorstellungen von der Geopolitik – vom Gleichgewicht der Kräfte, von den wichtigsten Regeln, die nicht gebrochen werden dürfen, von der Friedlichkeit Europas, das seit Jahrzehnten keinen Krieg mehr erlebt hat – wurden erschüttert. Natürlich weckte der Kriegausbruch auch in Ostmitteleuropa kollektive Furcht, und es war eine besonders tief empfundene Furcht. Doch für die meisten Bürger kamen die Ereignisse im Februar 2022 nicht überraschend. Aufgrund ihrer Erfahrung und ihrer Kenntnis Russlands fühlten sie sich auf sonderbare Weise bestätigt, was es ihnen ihrer Meinung nach erlaubte, richtig einzuschätzen, was dieser Krieg bedeutete und wohin er führen konnte.

Aus Sicht sowohl der westeuropäischen Länder als auch der Vereinigten Staaten war der Großangriff eine Katastrophe für das ukrainische Volk; doch die größte Gefahr sah die westliche Öffentlichkeit darin, dass der Krieg über die Grenzen der Ukraine hinaus ausgewei-

tet werden könnte, was einen globalen Konflikt auslösen würde. Diese Einschätzung untermauert die Überzeugung, die NATO-Länder müssten eine Eskalation des Kriegs durch einen unbedachten Schritt unbedingt vermeiden.⁷

In den Länder Ostmitteleuropas sah man das ganz anders. Die Nachbarn Russlands betrachteten den Krieg in der Ukraine nicht als isoliertes Ereignis, sondern als Teil eines Prozesses, und sahen nur eine Person, die eine Eskalation vorantrieb, nämlich Wladimir Putin. Für diese postsowjetischen Staaten war die Invasion der Ukraine ein weiterer Schritt in einer Reihe bedrohlicher russischer Aggressionen, die mit Putins brutalem Vorgehen im zweiten Tschetschenienkrieg begonnen hatte und sich dann in anderen Ländern wie in Georgien (2008) oder Syrien (2015) fortsetzte. In den Augen der Mittel- und Osteuropäer war es töricht anzunehmen, Wladimir Putin werde sich mit der Zerstörung der Ukraine begnügen. Sie waren seit langem überzeugt, dass Russland weiter nach Westen vorrücken und die Länder, die zum sowjetischen Machtbereich gehört hatten – ehemalige Sowjetrepubliken wie die baltischen Staaten oder Satellitenstaaten wie Polen –, eins nach dem anderen attackieren würde. Ihrer Einschätzung nach drohte eine unmittelbare Gefahr. Wie die estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas sagte: »Das heutige Problem unseres Nachbarn wird morgen unser Problem sein.«⁸

Aus der jeweiligen Definition des Kriegs wurden die entsprechenden Prognosen und Erwartungen abgelei-

tet. Während der Westen die Aufgabe darin sah, einen Dritten Weltkrieg zu vermeiden, glaubte der Osten, dass der Krieg gegen den Westen mit seinen internationalen Bündnissen und vertraglich garantierten Grenzen bereits begonnen hatte, ganz gleich welchen Namen man der Aggression gab. Während der Westen beobachtete, dass ein Krieg stattfand, war der Osten überzeugt, sich bereits im Krieg zu befinden, auch wenn die Bombenangriffe auf die Städte der Region noch nicht über die Grenzen der Ukraine hinausgingen.

In dieser angespannten Atmosphäre wirkte das vorsichtige Agieren des Westens auf viele Menschen in Ostmitteleuropa wie eine Wiederholung des Scheinkriegs von 1939, als Frankreich und Großbritannien nur begrenzte militärische Schritte unternahmen und ihrem Verbündeten, Polen, nicht zu Hilfe eilten. Auch zu jener Zeit wurde die Öffentlichkeit von furchtbaren Nachrichten über die Bombenangriffe auf Warschau und andere Städte in Atem gehalten. Doch die Alliierten wollten unbedingt vermeiden, zu tief in den Konflikt hineingezogen zu werden. Ihre militärische Zurückhaltung zögerte die Ausweitung des Krieges hinaus, konnte einen Weltkrieg jedoch nicht verhindern.

Ob die Analogie angebracht ist oder nicht – wichtiger ist die Tatsache, dass sie einer tiefsitzenden, intuitiven Vorstellung davon entspricht, was als Nächstes kommen könnte. Im gesamten Jahr 2022 drängten die Länder, die Russland geographisch näher sind, auf eine harte Antwort: mehr Sanktionen gegen Russland, mehr Waffen für die Ukraine, erhöhte diplomatische

Bemühungen um eine Beendigung des Krieges. Viele dieser Initiativen sind seither in einen umfassenderen internationalen Konsens eingeflossen. Aber die mittel- und osteuropäischen Länder würden gerne noch weiter gehen: In den vergangenen Monaten haben sich einige von ihnen für die Einrichtung einer Flugverbotszone eingesetzt⁹ oder, wie die polnische Regierung, sogar die Entsendung von NATO-Truppen in die Ukraine gefordert, und sei es auch nur im Rahmen einer Friedensmission.

Schon im März 2022 erklärte die litauische Ministerpräsidentin Ingrida Šimonytė, die russische Invasion sei vorhersehbar gewesen.¹⁰ Sie war nicht allein mit dieser Einschätzung. Seit Kriegsausbruch rufen die Länder Ostmitteleuropas dem Westen ihre früheren Warnungen vor der aggressiven Politik Russlands in Erinnerung. Einlassungen zu diesem Thema seitens russischer und belarussischer Dissidenten, der Ukraine, der baltischen Länder, Georgiens und vieler anderer politischer Akteure wurden von der westlichen Politik im Grunde ignoriert. Die Mittel- und Osteuropäer hatten vor den negativen Auswirkungen der Nord-Stream-Pipelines und weiterer geostrategischer Vorhaben Russlands auf die Ukraine und andere ehemalige Staaten des Sowjetimperiums gewarnt. Doch besonders die Ukraine und Polen wurden mehr oder weniger offen bezichtigt, eine »Russlandphobie« zu schüren. Es überrascht nicht, dass viele angesehene westliche Russlandexperten bis zum letzten Augenblick bestritten, Präsident Putin könne einen offenen Krieg vom Zaun brechen.

Insofern führte der 24. Februar 2022 zweifellos zu einem politischen Durchbruch. Im Lauf der Zeit entschuldigten sich viele Politiker und Intellektuelle sogar dafür, die Warnungen nicht ernst genommen zu haben. Ursula von der Leyen, die Präsidentin der EU-Kommission, äußerte besonders deutliche Selbstkritik. In ihrer Rede zur Lage der Union im Jahr 2022 sagte sie: »[E]ine Lehre aus diesem Krieg ist, *dass wir auf diejenigen hätten hören sollen, die Putin besser kennen*. Auf Anna Politkowskaja und all die anderen russischen Journalisten, die die Verbrechen angeprangert und dies mit dem Leben bezahlt haben. Auf unsere Freunde in der Ukraine, in Moldau, in Georgien und auf die Opposition in Belarus. Wir hätten auf die Warnrufe innerhalb der Union hören sollen – in Polen, in den baltischen Staaten und in ganz Mittel- und Osteuropa. *Sie warnen uns seit Jahren, dass Putin nicht aufhören wird*.«¹¹ Was dieses *Mea culpa* in der Praxis bedeutete, blieb eine offene Frage.

Die direkten Nachbarn Russlands empfanden eine bittere Genugtuung, weil sie sich von den Ereignissen bestätigt sahen. Aus den Aussagen zahlreicher mittel- und osteuropäischer Politiker war das Gefühl der moralischen Überlegenheit herauszuhören. Die Einwohner dieser Region sind überzeugt, dass sie recht haben, dass sie die ganze Zeit über recht hatten. Wenn der Westen auf die Stimmen aus Tallinn, Riga, Vilnius, Warschau oder Kiew gehört hätte, so hätte man den Krieg in der Ukraine möglicherweise verhindern können. Obwohl dies angesichts der jüngeren Geschichte nicht offen-

kundig ist – schließlich beteiligten sich die Länder Ostmitteleuropas an Barack Obamas Versuch, die Beziehungen zu Russland in seiner ersten Amtszeit »auf eine neue Basis zu stellen«. Doch nie zuvor hatten ihre Warnungen eine so bedrückende Brisanz gehabt.

300 Jahre Trauma

Woher kommt diese Einstellung? Offensichtlich ist es nicht so, dass die Vertreter eines Teils von Europa in Bezug auf Russland plötzlich in allen Fragen recht haben. Dennoch möchte man wissen, warum die Mittel- und Osteuropäer die Richtung, in der sich die russische Politik im 21. Jahrhundert entwickeln würde, so zutreffend vorhergesagt haben. Die Wurzeln der gemeinsamen Erfahrung Ostmitteleuropas werden oft in der Hinterlassenschaft des Kommunismus oder im spezifischen Verlauf seiner politischen und wirtschaftlichen Transformation seit 1989 gesucht. Doch diese Erklärungen greifen zu kurz. Die Haltung Ostmitteleuropas gegenüber Russland ist ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie stark das historische und geographische Erbe die politischen und kulturellen Lebensgewohnheiten prägt. In einigen Fällen reichen die maßgeblichen Entwicklungen weit zurück: Ostmitteleuropa leidet seit Jahrhunderten unter den Auswirkungen des russischen Imperialismus. Viele Länder mussten vom Zarenreich bis zur Sowjetunion erleben, dass ihre Unabhängigkeit ausgelöscht, ihre Bevölkerung dezimiert, ihre Ge-

sellschaft unterdrückt und ihre Kultur marginalisiert wurde.

Die Region wird seit Jahren mit Blick auf ihre Anpassung an westliche demokratische Standards oder ihre wirtschaftlichen Erfolge und Rückschritte erforscht. Statistiken und politische Analysen geben aber wenig Aufschluss darüber, wie stark die Mittel- und Osteuropäer von einer kollektiven Prägung ausgehen, einem gemeinsamen Gefühl, das in ihrer historischen Erfahrung wurzelt: Es ist das Gefühl einer eigentümlichen Furcht.

Selten wird erwähnt, dass die Gesellschaften der Region aus diesem Grund das Konzept der »Souveränität« anders verstehen als die Westeuropäer. Für die Nationen Ostmitteleuropas ist Souveränität keine Quelle der Stabilität. Vielmehr reagieren diese Gesellschaften sehr empfindlich auf die Möglichkeit, ihre Unabhängigkeit wieder zu verlieren. Es genügt darauf hinzuweisen, dass die Nord-Stream-Pipelines von Russland nach Deutschland in erster Linie mit Blick auf mögliche Bedrohungen der Souveränität beurteilt wurden. Andere Fragen (wie der wirtschaftliche Nutzen der Investitionen in die Gaspipelines) rückten, sofern sie überhaupt eine Rolle spielten, in den Hintergrund, und die diesbezüglichen westlichen Argumente wurden entweder als naiv oder als zynisch betrachtet. Der Krieg in der Ukraine fügt diesem Komplex eine wichtige Dimension hinzu. Mit dieser Frage werden wir uns eingehend befassen.

Die Souveränität wird normalerweise rechts- und

politikwissenschaftlich definiert: »Eine Regierung, die de facto die administrative Kontrolle über ein Land ausübt und keiner anderen Regierung in diesem Land oder in einem ausländischen souveränen Staat untergeordnet ist.«¹² Unser Argument lautet, dass für eine vollständige Definition der Souveränität neben den rechtlichen und politischen Faktoren auch gesellschaftliche Aspekte berücksichtigt werden müssen. Den Imaginationen von der Souveränität und den damit verbundenen kollektiven Emotionen in einer Gesellschaft sollte besondere Aufmerksamkeit gelten. Im Fall von Osteuropa ist insbesondere das durch den zyklisch wiederkehrenden Verlust von Territorium und Staatlichkeit verursachte Trauma relevant. Es steht in der gesamten Region im Mittelpunkt einer kollektiven Identität. Die Gesellschaften Osteuropas haben ein fragiles Selbstverständnis, das ein ums andere Mal von der politischen und geopolitischen Machtmaschinerie instrumentalisiert wird. In ihren Augen kann sich das für den Westen charakteristische Gefühl der Stabilität insbesondere mit Blick auf Kriege wie den, der gegenwärtig in der Ukraine tobt, als trügerisch erweisen.

»Wir haben einen unabhängigen Staat und das Trauma, ihn nicht zu haben.« Dies wäre die vielleicht knappste, auf Twitter-Format zu bringende Beschreibung des Problems. Viele Mittel- und Osteuropäer leben mit einem angsterfüllten Selbstbild und sind sich der Verletzlichkeit ihrer Länder bewusst. Es ist eine existentielle Angst. In den achtziger Jahren schrieb der tschechisch-französische Autor Milan Kundera, diese kleinen Na-